

EDITORIAL

❖ Die Europawahl vor fünf Jahren am 12. Juni 2004 läutete das Ende der rot-grünen Mehrheit ein. Bei einer geringen Wahlbeteiligung von nur 43 Prozent erhielt die Union (44,5 Prozent) mehr als doppelt so viele Stimmen wie die SPD (21,5 Prozent). Viele frühere SPD-Wähler erteilten der Regierung Schröder einen Denktzettel durch Wahlenthaltung. Etwas mehr als ein Jahr später war die rot-grüne Regierungszeit durch eine vorgezogene Bundestagswahl zu Ende.

In diesem Jahr 2009 liegt die Europawahl am 7. Juni nur drei Monate vor einer regulären Bundestagswahl. Zwischen der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai und den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und dem Saarland am 30. August gilt sie als eine Art nationale Meinungssumfrage für den 27. September.

Immer wieder ist die Europawahl – übrigens ähnlich wie die Volksabstimmungen zu europäischen Verträgen – in vielen Ländern zur nationalen Protestwahl geworden. Auch der damalige SPD-Chef Müntefering suchte sich am Wahlabend 2004 damit zu trösten.

Was lässt sich dagegen tun? Wie lässt sich verhindern, dass die Europawahlen eher als nationaler Stimmungstest denn als europapolitische Richtungsentscheidung wahrgenommen werden?

Erstens gilt es, dem verbreiteten Eindruck entgegenzuwirken, Europawahlen böten den Stimmzettel für die risikofreie Protestwahl. Zu viele Wähler denken, der Ausgang der Wahl betreffe sie nicht. Sie unterschätzen die Bedeutung des Europäischen Parlamentes, dessen Kompetenzen inzwischen so gestärkt sind, dass seine Zusammensetzung den Kurs Europas entscheidend bestimmt. Tatsächlich entscheidet aber der Ausgang der Europawahl auch mit darüber, ob etwa der Euro stabil bleibt oder die Türkei in die EU aufgenommen wird.

Zweitens dürfen nationale und europäische Politik den Bürgern nicht als getrennte Ebenen



dargestellt werden, denn sie sind in Wahrheit eng miteinander verwoben. Wer die Europawahl als Erziehungsmittel nutzen will, der eigenen politischen Familie einen schmerzhaften, aber ungefährlichen Denktzettel mit auf den Weg zu geben, liegt falsch. Wenn beispielsweise linke Parteien Europa dominieren, ist dies für nationale bürgerliche

Regierungen mehr als nur eine Arbeiterschwerms. Diese Zeiten der Krise zeigen es überdeutlich: In der globalisierten Welt kann die Soziale Marktwirtschaft nationalen Wohlstand nur sichern, wenn sie europäisch und international Bindungskraft entfaltet.

Drittens darf sich die europapolitische Diskussion nicht im technokratischen Klein-Klein ergehen und in einer unverständlichen Technokratensprache verlieren. Es geht bei der Europawahl um die politischen Grundfragen, auf welche die Parteien unterschiedliche Antworten geben: So entscheidet in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise jeder mit seinem Kreuz auf dem Stimmzettel über die Richtung der europäischen Politik: für die ungebundene Marktgläubigkeit der Liberalen, für die bedingungslose Staatsgläubigkeit der Sozialdemokraten und Sozialisten oder für die ordnenden Regeln der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir brauchen Europa, weil in den Staaten der Europäischen Union nur 7,5 Prozent der Weltbevölkerung leben. Als kleine Minderheit haben wir nur gemeinsam eine Chance, unsere Grundwerte, unsere politische Kultur und unseren Wohlstand zu behaupten. Die Bürger stärken mit der Teilnahme an der Europawahl diese Gemeinsamkeit und entscheiden mit ihrer Stimme darüber, für welche Werte dieses Europa in der Welt streiten soll. ❖

Stephan Eisel

Stephan Eisel